VR-01-007 Aus der Dürre lernen – Wasser sichern, Landwirtschaft schützen, Klimaresilienz stärken

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 12.11.2026

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:
auf den Betrieben, zunehmender Bewässerungsbedarf und wachsende Konflikte um das knappe Wasser.

Die Tierhaltung verschärft diese Krise massiv: Sie verbraucht enorme Mengen Wasser – direkt für Tränke und Stallhygiene, indirekt für den Anbau von Futtermitteln – und belastet Grund- und Oberflächengewässer durch Gülle und Dünger mit Nitrat, Phosphat und Antibiotika. Zudem benötigen pflanzliche Alternativen in der Regel wesentlich weniger Wasser als tierische Produkte, wie Fleisch- und Milchprodukte.

Begründung

Der Antrag benennt zu Recht Schwammlandschaft, Bodengesundheit und Ökolandbau als Antworten auf die Dürre. Die Tierhaltung fehlt bisher, obwohl sie Teil des Wasserproblems ist und deshalb auch Teil der Lösung sein muss.

1. Hoher Wasserverbrauch: Wasser wird in der Tierhaltung nicht nur für die Tränke gebraucht, sondern auch für die Futterherstellung und die Stallhygiene. Allein die Wasserversorgung der rund 9,5 Millionen Mastschweine in Deutschland erfordert etwa 76 Millionen Liter pro Tag, ohne Stallhygiene und Abwasseraufbereitung [1]. Der Antrag nennt Futtermangel und wachsende Konflikte um knappes Wasser selbst als Folgen der Dürre 2026.

2. Belastung der Gewässer: Wo viele Tiere auf kleiner Fläche gehalten werden, fällt mehr Gülle an, als die Flächen aufnehmen können. Im deutschen Grundwasser überschreitet Nitrat an jeder vierten Messstelle den gesetzlichen Höchstwert von 50 Milligramm pro Liter, besonders in Regionen mit intensiver Tierhaltung wie rund um Oldenburg und im Münsterland [1]. Das Umweltbundesamt nennt neben Nitrat auch Antibiotika und andere Tierarzneimittel als Belastung durch die intensive Tierhaltung [2]. Das widerspricht dem Ziel des Antrags, das Trinkwasser zu schützen und die EU-Nitratrichtlinie endlich umzusetzen.

3. Folgekosten für die Allgemeinheit: Laut einer Studie des Umweltbundesamtes könnte die Aufbereitung nitratbelasteten Wassers ohne spürbare Gegenmaßnahmen 580 bis 767 Millionen Euro pro Jahr kosten, mit deutlichen Preissteigerungen in belasteten Regionen [3]. Diese Kosten tragen die Wasserkundinnen und -kunden, nicht die Verursacher. Das ist, wie der Antrag unter „Wasserverschmutzung reduzieren“ selbst feststellt, sozial ungerecht.

4. Pflanzliche Alternativen sparen Wasser: Pflanzliche Lebensmittel benötigen in der Regel deutlich weniger Wasser als Fleisch und Milchprodukte. Eine pflanzenbasierte Ernährung kann dazu beitragen, wertvolles Wasser zu sparen [4]. Das unterstützt auch das Ziel, den Import virtuellen Wassers, etwa über Futtermittel, zu verringern.

5. Anschluss an den Antrag: Die Ergänzung ersetzt keine bestehende Forderung, sondern vervollständigt sie. Schwammlandschaft und Wasserrückhalt wirken besser, wenn zugleich der Wasserverbrauch und die

Gewässerbelastung durch die Tierhaltung sinken. Das schützt die Produktionsgrundlage der Landwirtschaft ebenso wie das Trinkwasser.